Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 15. März 2017, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 3/2017

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Kerrin Volkmann

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial
Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Beigeordneter Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion
Ratsmitglied Thorsten Moriße
Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes

Mitglied Die Linke
Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler
Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung
Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung Carsten Feist
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hansemann
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion
Fachbereich Finanzen Jörg Engesser
Pressesprecherin Julia Muth

Protokollführerin
Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Katja Breuer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 20

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5.1	Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Informationsfahrt für den Besuch eines privatisierten Krankenhauses	**509/2017**
5.2	Antrag der FDP-Fraktion: Vorbehaltsbeschluss des Rates hinsichtlich der Vorlage Nr. 62/2017 (TBW-Betriebsausschuss, Ausnahme vom Einstellungsstopp, hier: Schilderwagen)	**510/2017**
6.1.1	Konsolidierter Gesamtabschluss einschl. Konsolidierungsbericht 2012 der Stadt Wilhelmshaven	**42/2017**
6.1.2	Nachbewilligung zum Haushalt 2016	**68/2017**
6.1.3	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**52/2017**
6.2.1	Bebauungsplan Nr. 136-Gökerstraße zwischen Hegel-und Schellingstraße 1.Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss	**14/2017**
6.2.2	Bebauungsplan Nr. 212, 1. vereinfachte Änderung-Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm - Aufstellungs- und Satzungsbeschluss	**44/2017**
6.2.3	Bebauungsplan Nr. 173 - Klinikum Wilhelmshaven - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss	**45/2017**
6.2.4	Bebauungsplan Nr. 154 / 1. Änderung - Ehemalige Gärtnerei Lenauweg - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss	**46/2017**
6.2.5	Neugestaltung Bismarckplatz	**55/2017**
6.2.6	Sanierungsgebiet Östliche Südstadt Gestaltungskonzept Alter Rathausplatz	**56/2017**
6.2.7	Neugestaltung Rathausplatz	**57/2017**
6.3.1	Richtlinien über Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports im Rahmen des Sportförderprogramms	**75/2017**
6.4.1	Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen	**54/2017**
6.4.2	Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds	**60/2017**
6.5.1	Neufassung der Satzung Hundefreilauffläche	**74/2017**
6.5.2	Auslobung und Raumprogramm zum Neubau des Trilateral Wadden Sea World Heritage Partnership Centre (TWWP)	**77/2017**
6.5.3	Antrag der FDP-Fraktion: Bereitstellung von Containern sowie von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Aula für die OBS Mitte	**507/2017**
6.6.1	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung WEL – TBW	**70/2017**
6.7.1	Antrag auf Erhöhung des Anteils nichtkatholischer Kinder in der Franziskusschule in Wilhelmshaven	**72/2017**
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Oberbürgermeister Wagner bat um eine Schweigeminute für den am 12.03.2017 nach schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren verstorbenen Kreistagsabgeordneten Dirk von Polenz.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Wagner informierte, der **Tagesordnungspunkt 6.3.1** „Richtlinien über Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports im Rahmen des Sportförderprogramms“ (Vorl.-Nr. 75/2017) werde **zurückgezogen**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

5.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Informationsfahrt für den Besuch eines privatisierten Krankenhauses **509/2017**

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Antrag ein und begründete diesen anschließend. Er betonte dabei, dass damit keinesfalls irgendwelche Beschlüsse präjudiziert werden sollten, sondern das Vorhaben allein der Informationsgewinnung diene.

Herr Jacques betonte, dass sich die Fraktion gegen den Antrag von Herrn Dr. von Teichman ausgesprochen habe, auch wenn er im Verwaltungsausschuss noch den Vorschlag zur Ergänzung um den Besuch eines kommunalen Krankenhauses gemacht habe. Die Fraktion wolle keinerlei Signale senden, die an der Absicht Zweifel aufkommen ließen, das städtische Krankenhaus in kommunaler Hand behalten zu wollen.

Herr von den Berg signalisierte die Zustimmung seiner Gruppe, wolle aber betonen, dass in der Stadt nach wie vor ein kommunales Krankenhaus gewollt sei. Unabhängig davon wolle man sich jedoch auch über ein privat geführtes Haus informieren.

Herr Hellwig erklärte ebenfalls, dass man die Verwaltung in ihren Bemühungen zum Erhalt eines kommunalen Krankenhauses unterstützen werde. Er bedauerte, dass die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag aus dem Verwaltungsausschuss, mit dem auch der Besuch eines kommunalen Krankenhauses vorgesehen gewesen sei, nicht noch einmal im Rat eingebracht habe. Daher richtete er die Frage an Herrn Dr. von Teichman, ob dieser bereit sei, den Antrag entsprechend zu ergänzen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich damit einverstanden, dass die Informationsfahrt auch die Besichtigung eines kommunal geführten Krankenhauses umfasst und der **Antrag entsprechend erweitert** wird. Er ergänzte, die Informationsfahrt werde in jedem Fall durchgeführt, auch für den Fall der Ablehnung des Antrages. Jedes interessierte Ratsmitglied sei herzlich eingeladen, teilzunehmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Gegenstimmen: SPD-Fraktion)

Der VA/Rat möge beschließen:

Der Rat unternimmt eine Informationsfahrt zu ein oder zwei privatisierten Krankenhäusern, sowie zu einem kommunal geführten Krankenhaus gleicher Größenordnung. Dort werden Gespräche mit der ärztlichen Leitung, der Geschäftsführung, dem Personalrat und möglichst auch den Verantwortlichen der Kommune geführt. Ziel ist es, sich umfassend über die Möglichkeiten und Folgen sowie den Ablauf einer Krankenhausprivatisierung zu unterrichten.

5.2 Antrag der FDP-Fraktion: Vorbehaltsbeschluss des Rates hinsichtlich der Vorlage Nr. 62/2017 (TBW-Betriebsausschuss, Ausnahme vom Einstellungsstopp, hier: Schilderwagen) **510/2017**

Herr Dr. von Teichman trug seinen zweiten Antrag und begründete diesen anschließend.

Herr von den Berg, **Herr Harms**, **Frau Bakir, Herr Münkenwarf** und **Herr Hellwig** verliehen ihrer Ablehnung gegenüber dem Ansinnen Ausdruck. Dabei wurde betont, dass die Aufgabe beim städtischen Eigenbetrieb TBW in guten Händen sei und mehr Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung gesetzt werden solle. Selbstverständlich seien auch die Betreibe der freien Wirtschaft zu berücksichtigen, doch werde in dieser Angelegenheit kein Schaden für private Betriebe gesehen.

Zwischen **Herrn Ressel**, **Oberbürgermeister Wagner** und **Herrn Dr. von Teichman** wurde anschließend das Fehlen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung diskutiert.
Während Oberbürgermeister Wagner bestätigte, es liege eine solche Berechnung vor, welche auch durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft worden sei, bemängelten Herr Ressel und Herr Dr. von Teichman, dass diese Prüfung aus den Unterlagen bzw. dem Vortrag im Betriebsausschuss nicht hervorgehe.
Herr Dr. von Teichman führte weiter aus, die Stadt schade der örtlichen Wirtschaft, wenn sie alle Aufgaben an sich ziehe. Es müsse vielmehr darum gehen, die Privatwirtschaft, vornehmlich vor Ort, zu stärken.

Auf Bitten von **Herrn Becker** erklärte **Frau Hansemann**, sie habe sich nach der Sitzung des Betriebsausschusses die Unterlagen vorlegen lassen. Dort sei eine Wirtschaftlichkeitsberechnung enthalten gewesen, welche gut und nachvollziehbar formuliert gewesen sei. Aus welchem Grund diese nicht auch als Anlage zur Beschlussvorlage hinterlegt worden sei, entziehe sich jedoch ihrer Kenntnis.

Herr Leinert erinnerte daran, dass die Entscheidung über den Betrieb des Schilderwagens mit eigenen Mitarbeitern vom Rat bereits 2016 getroffen worden sei, damals noch mit einer Probezeit von zwei Jahren. Es habe sich aber bereits jetzt gezeigt, dass die Eigenerledigung wirtschaftlicher ist, als eine Vergabe an Fremdfirmen.

Herr Jacques sah zudem rechtliche Probleme, wenn der Rat entgegen anderer Erkenntnisse einen Auftrag an private Firmen vergebe.

Herr Dr. Schulte sah in einer Zustimmung zum Antrag der FDP-Fraktion keine Probleme. Im Falle einer Zustimmung gelte die Probezeit von zwei Jahren zunächst weiter. Er könne nicht nachvollziehen, wie ohne Vorhandensein von Vergleichsberechnungen dem Beschlussvorschlag zur Ausnahme vom Einstellungsstopp habe zugestimmt werden können.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 6 Ja-Stimmen: FDP-Fraktion; AfW-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler und 2 Enthaltungen: Herr Tönjes und Frau Kloster, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

Der VA/Rat möge beschließen:

Der Rat behält sich gem. § 58 Abs. 3 NKomVG die Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 62/2017 (TBW Betriebsausschuss, Ausnahme vom Einstellungsstopp, hier: Schilderwagen) vor.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.1.1 Konsolidierter Gesamtabschluss einschl. Konsolidierungsbericht 2012 der Stadt Wilhelmshaven **42/2017**

Herr Heinemann trug in Vertretung für Frau Breuer den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.03.2017 vor.

Herr Engesser informierte anhand einer Präsentation über den konsolidierten Gesamtabschluss.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, seit seinem Amtsantrag sei es gelungen, ab dem Jahr 2008 insgesamt 9 Jahresabschlüsse aufzuholen und fertig zu stellen, womit sich diese mittlerweile auf dem aktuellen Stand befänden. Gleiches werde auch mit den konsolidierten Gesamtabschlüssen für das Jahr 2019 angestrebt.
Anschließend ging Oberbürgermeister Wagner auf das Jahr 2012 ein und begründete das Ergebnis.
Darüber wolle er seinen Dank für die gute Arbeit an alle Beteiligten richten, nicht zuletzt weil die Erstellung des Abschlusses neben dem laufenden Betrieb gelungen sei.

Herr Dr. von Teichman schloss sich dem Dank an und lobte die gute Arbeit der Verwaltung. Er hob hervor, dass das Land zwar den Umstieg auf die Doppik von den Kommunen verlange, selbst jedoch noch mit der Kameralistik arbeite. Mit der Doppik verfüge die Stadt über bessere Steuerungsmöglichkeiten, vor allem aber, wenn sich die Zahlen auf dem aktuellen Stand befänden. Gleichzeitig warnte er davor, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen über das unbedingt notwendige Maß hinaus auszudehnen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial und 8 Enthaltungen: übrige Gruppe GrünUnabhängigSozial sowie Herr Wiese, die Linke.)

Der Rat beschließt den konsolidierten Gesamtabschluss einschl. Konsolidierungsbericht 2012 der Stadt Wilhelmshaven unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Gesamtabschluss-prüfers sowie der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

6.1.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2016 **68/2017**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.03.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2016.

6.1.3 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **52/2017**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.03.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman beantragte getrennte Abstimmung, Er begründete dies damit, dass er die Neuaufstellung des Kriegerdenkmals als kriegsverherrlichend und daher für nicht notwendig erachte. Vor allem aufgrund der aktuellen Entwicklung in Europa setze ein solches Vorhaben ein falsches Zeichen.

Herr Tönjes und **Herr von den Berg** stimmten der Auffassung von Herrn Dr. von Teichman zu.

Herr Hellwig konnte die Einlassungen nicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach müsse auch der Toten aus den Konflikten vor den beiden Weltkriegen gedacht werden dürfen.

Die Abstimmung brachte das folgende Ergebnis:

1. „Neuaufstellung Kriegerdenkmal 1870/71 in Fedderwarden“
(Ziff. 1)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 13 Gegenstimmen: Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Lang, FW; Herr Wiese, Die Linke.)

2. „Schulmaterialien für Grundschulen“
(Ziff. 2)

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herr Detlev Rave Kleine Reihe 26 26388 Wilhelmshaven	2.500,00 €	Geldspende für die Neuaufstellung des Kriegerdenkmals 1870/71 in Fedderwarden
2. WZ Parkstr. 8 26382 Wilhelmshaven	6.558,24 €	Geldspende zur Beschaffung von Schulmaterialien für die Wilhelmshavener Grundschulen

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

6.2.1 Bebauungsplan Nr. 136 **14/2017**
-Gökerstraße zwischen Hegel-und Schellingstraße
1.Behandlung der Stellungnahmen und
2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Herr Dr. Schulte umriss das Problem, das sich hier aus Sicht der FDP-Fraktion stelle: Der Neubau bzw. die Erweiterung des Verbrauchermarktes solle nur erfolgen, wenn der Grünstreifen und die darauf befindlichen Bäume entfernt würden. Er monierte, dass nicht einmal die Verkaufsfläche erhöht werden solle, sondern es einzig um die Schaffung von Parkplätzen gehe. Hier müsse seiner Ansicht nach der Rat über die Gestaltung bestimmen dürfen und nicht der Investor. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Stadt für fehlende Parkplätze gerade stehen solle. Darüber hinaus könne er die in der Beschlussvorlage vorgenommen Abwägung der Stadt nicht nachvollziehen und halte sie für fehlerhaft. Auch den dortigen Verbrauchermarkt sehe er für die Nahversorgung der umliegenden Stadtteile als nicht unverzichtbar, so dass die Stadt sich hier nicht unter Druck setzen lassen müsse und dürfe. Sie solle vielmehr ihren eigenen Standpunkt gegenüber dem Investor vertreten. Aus diesem Grunde bringe er für die FDP-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, den Bebauungsplan 136 dahingehend abzuändern, den straßenparallelen Grünstreifen in der derzeitigen Ausdehnung aufgrund seiner großen ortsbildprägenden Bedeutung als öffentliche Grünfläche festzusetzen und die darauf wurzelnden Bäume zu erhalten."

Herr Leinert erläuterte daraufhin ausführlich den Lageplan. Die Wegnahme des Grünstreifens begründete er damit, dass das Gebäude durch die eben doch vorgenommene Vergrößerung der Verkaufsfläche nach vorn auf die Umfahrungsstraße auf dem Parkplatz verschoben werde. Durch diese Verlagerung sei es erforderlich, auf dem jetzigen Grünstreifen neue Parkflächen anzulegen. Anschließend begründete Herr Leinert ausführlich den dortigen Stellplatzbedarf.
Im Übrigen beachte die Verwaltung die Vorgaben der Gesetze. In Richtung Herrn Dr. Schulte bat er daher, nicht den Eindruck vermitteln zu wollen, die Inhalte der Abwägung seien falsch vorgelegt worden.

Nachdem **Frau Weinstock** den Ausführungen von Herrn Dr. Schulte zugestimmt hatte, bekräftigte auch **Herr von den Berg** diesen Standpunkt. Der Erhalt des Grünstreifens sei in der Vergangenheit zugesagt worden und auch er sehe keine Relevanz dieser Fläche für Parkplätze. Es leide nicht zuletzt auch die Optik in diesem Bereich, sollte der Grünstreifen und die darauf befindlichen Bäume entfernt werden. Er appellierte, in den Verhandlungen mit dem Investor auf den Erhalt dieses Streifens hinzuwirken.

Herr Hellwig konnte keine ökologischen Gründe für den Erhalt des Grünstreifens erkennen. Vielmehr müsse auf das gestiegene Bedürfnis nach Mobilität eingegangen werden: Die Erreichbarkeit mit dem Auto entwickle sich zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Die vorgebrachten Einwände könne er daher nicht nachvollziehen. Im Übrigen wolle er auf die Verhandlungen mit dem Investor aufmerksam machen, bei denen es um einen adäquaten Ersatz der Bäume gehe. An dem Vorhaben des Investors, den Markt zu vergrößern, um den Kunden mehr Mobilität zu bieten, könne er nichts Negatives entdecken. Die Gruppe CDU/WBV werde der Beschlussvorlage daher zustimmen.

Herr Jacques ergänzte, auch die Verwaltung müsse sich hier an den Zeitgeist anpassen. Er machte darauf aufmerksam, dass der Schutz der Bäume durchaus wichtig sei und in diesem Fall für die entfernten Bäume sogar Ersatz geschaffen werde.

Herr Tönjes wiederum stimmte Herrn Dr. Schulte zu. Es verbreite sich zunehmend der Trend, auch Lebensmittel aus dem Internet zu bestellen, so dass seiner Meinung nach das Vorhalten von Parkplätzen immer mehr an Bedeutung verliere. Er wolle das Stadtbild nicht dem Trend zum Bestellen aus dem Internet opfern.

Frau Kloster gab außerdem zu bedenken, dass ein großer Baum nicht durch kleine Bäume ersetzt werden könne und nicht zuletzt auch für den Immissionsschutz eine nicht unerhebliche Rolle spiele.

Am weiteren Verlauf der Diskussion um die Bedeutung des Grünstreifens sowie der darauf befindlichen Bäume beteiligten sich **Herr Dr. von Teichman**, **Herr Leinert**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Herr Ressel** und **Herr Dr. Schulte**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion bei 15 Ja-Stimmen: Gruppe GrünUnabhängigSozial, AfW-Fraktion; FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler und Herr Wiese, Die Linke. **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 1 Abs. 7 des Baugesetzbuches (BauGB) die Abwägung zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 136 –Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße- gemäß dem Abwägungskatalog. Dieser ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 136 –Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße- als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 28.02.2017 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 8 des BauGB beigefügt. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 212, 1. vereinfachte Änderung -Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm- Aufstellungs- und Satzungsbeschluss **44/2017**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial, und 2 Enthaltungen: Frau Weinstock, Gruppe GrünUnabhängigSozial sowie Herr Wiese, Die Linke)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722), die Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung zum Bebauungsplan Nr. 212--Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm- mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §3 Abs. 1 und §4 Abs. 1 BauGB. Den von der vereinfachten Änderung betroffenen Bürgern und Trägern öffentlicher Belange ist in angemessener Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

2. Der Rat beschließt die 1. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 212 -Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm- als Satzung. Der Satzungsbeschluss ergeht unter dem Vorbehalt einer erneuten Beschlussfassung, wenn während der Betroffenenbeteiligung Stellungnahmen eingehen, die im Rahmen der Abwägung behandelt werden müssen. In diesem Fall wird die Angelegenheit dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Begründung in der Fassung vom 15.02.2017 wird ebenfalls beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs. 8 BauGB beigefügt.
Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.3 Bebauungsplan Nr. 173 - Klinikum Wilhelmshaven - **45/2017**
1. Behandlung der Stellungnahmen und
2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 13 Nein-Stimmen: Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler; Herr Wiese, Die Linke.)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 173**- KLINIKUM WILHELMSHAVEN als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-16) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom14.02.2017 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigefügt.

6.2.4 Bebauungsplan Nr. 154 / 1. Änderung **46/2017**
-Ehemalige Gärtnerei Lenauweg-
1. Behandlung der Stellungnahmen und
2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 154 / 1. Änderung** - EHEMALIGE GÄRTNEREI LENAUWEG-, aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-05) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 01.02.2017 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigefügt.

6.2.5 Neugestaltung Bismarckplatz **55/2017**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman betonte die Skepsis seiner Fraktion gegenüber den vorgelegten Planungen. Die vorgestellten Maßnahmen reichten deren Ansicht nach nicht aus, um zu einer nachhaltigen Belebung des Bismarckplatzes zu führen, da der Bereich Gökerstraße ausgespart werde. In diesem Zusammenhang erinnere er an die Arbeit der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema beschäftigt und bereits entsprechende Pläne vorgelegt hatte. Für rein kosmetische Änderungen halte er den finanziellen Aufwand für nicht gerechtfertigt. Die vorgelegten Planungen stellten für ihn nicht mehr als einen ersten Schritt dar.

Herr Jacques widersprach der Auffassung von Herrn Dr. von Teichman. In die Planungen sei auch die Beteiligung der Bürger mit eingeflossen. Die hier vorgestellten Maßnahmen bildeten ein gutes Signal für die Anwohner. Seiner Meinung nach könne der Bismarckplatz mit der Umsetzung der Entwurfsplanung wieder richtig aufgewertet werden.

Herr Hellwig ergänzte, es sei jetzt mit dem heutigen Beschluss an der Zeit, diesen seit Jahrzehnten bekannten Missstand zu beheben. Die von Herrn Dr. von Teichman vermissten Planungen zur Gökerstraße gehörten darüber hinaus nicht zum gleichen Bebauungsplan und müssten separat angegangen werden. Er halte die Neugestaltung des Bismarckplatzes für ein gutes Projekt, der Platz werde aufgewertet und es komme Bewegung in die jahrzehntelange Diskussion.

Oberbürgermeister Wagner gab zu bedenken, dass mit der Größe der Projekte auch deren Kosten stiegen und warb daher dafür, wieder mehr Mut für kleinteiliges Denken aufzubringen. Das Thema Gökerstraße werde aus diesem Grund zu einem späteren Zeitpunkt angegangen. Wichtig sei, einzelne Stellen zu verschönern, damit die Stadt als Ganzes aufgewertet werde.

Herr von den Berg prophezeite, es werde vor Ort eine Abstimmung der Bürger „mit den Füßen“ geben, woran der Erfolg der Neugestaltung gemessen werden könne.
Die Gruppe GrünUnabhängigSozial werde außerdem aufgrund des unterschiedlichen Meinungsbildes zu diesem Tagesordnungspunkt individuell abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Entwurfsplanung (Stand 10.02.2017) der Stadterneuerung zum Bismarckplatz zu (Anlage 1)
2. Die Verwaltung wird ermächtigt die Planung gem. anliegender Planung in zwei Bauabschnitten umzusetzen.

6.2.6 Sanierungsgebiet Östliche Südstadt **56/2017**
Gestaltungskonzept Alter Rathausplatz

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Herr Ressel, FDP-Fraktion)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Gestaltungskonzept (Stand 10.02.2017) des Planungsbüros Thalen Consult, Neuenburg, zum „Alten Rathausplatz" zu (Anlage).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die weiteren erforderlichen Schritte zur Umsetzung der Maßnahme einzuleiten.

6.2.7 Neugestaltung Rathausplatz **57/2017**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.03.2017 vor.

Herr Dr. Schulte brachte für die FDP-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat möge beschließen:

1.. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Konzeptplanung im Grundsatz zu, nicht aber der Gestaltung des nördlichen Teils als Parkplatz. Dieser Teil ist als Einheit mit dem gesamten Platz zu gestalten.
2.. Die Verwaltung wird nicht ermächtigt, den Parkplatz Ratrium als 1. Bauabschnitt gem. anliegender Planung umzusetzen."

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass die Stadt eine rechtliche Verpflichtung zur Schaffung von Parkplätzen habe. Sofern die von der Verwaltung vorgelegten Planungen nicht gewollt seien, bitte er um Alternativvorschläge. Dies führe jedoch zwangsläufig wiederum zu Mehrkosten.

Der **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion wurde bei 13 Ja-Stimmen (Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; AfW-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Konzeptplanung (Stand 10.02.2017) des Planungsbüros Lohaus + Carl, Hannover, zum Rathausplatz zu (Anlage 1).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt den Parkplatz Ratrium als 1. Bauabschnitt (Kosten max. 534.916,90 €) gem. anliegender Planung umzusetzen.

Ab Abschluss dieses Tagesordnungspunktes unterbrach Ratsvorsitzender Becker die Sitzung für eine **Pause von 18.05 Uhr bis 18.15 Uhr**.

6.3 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)

6.3.1 Richtlinien über Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports im Rahmen des Sportförderprogramms **75/2017**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde **zurückgezogen**!

6.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Hammadi)

6.4.1 Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen **54/2017**

Herr Hammadi trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.02.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt den Erlass einer Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat)

6.4.2 Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds **60/2017**

Herr Hammadi trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.02.2017 vor.

An der lebhaften Diskussion zum Thema beteiligten sich die Herren Jacques, Walpurgis, Reese, Möhle, Dr. von Teichman, Hellwig, Becker, Stoffers und Ehlers sowie Frau Weinstock.
Frau Weinstock und **Herr Walpurgis** kritisierten die Festlegung auf Institutionen, die durch ehrenamtlich tätige Personen geführt werden. Während Frau Weinstock mahnte, die Richtlinien führten zu nichts, wenn nicht auch hauptamtlich geführte Einrichtungen Beachtung fänden, bemängelte Herr Walpurgis, dass ein entsprechender Änderungsantrag im Ausschuss für Soziales und Gesundheit bereits als rechtlich nicht zulässig abgewiesen worden sei.

Herr Dr. von Teichman hielt den Einwendungen entgegen, dass im Fall einer Ausweitung auf Institutionen mit hauptamtlichen Mitarbeitern diese im Fonds Überhand zu nehmen drohten.

Herr Stoffers erläuterte daraufhin die Gründe für die Ablehnung des Änderungsantrages im Ausschuss: Der Ratsbeschluss über die Bildung des Sozialfonds vom Dezember des letzten Jahres bilde die Grundlage und den Rahmen für die Verwaltung bei der Erstellung der Zuschussrichtlinie. Hiervon könne die Verwaltung nicht abweichen. Sofern eine Änderung dieser Grundlage gewollt sei, sei ein entsprechender Antrag erst nach Ablauf von sechs Monaten erneut möglich. Änderungen, welche die Zuschussrichtlinien beträfen, seien hingegen auch heute möglich.

Die **Herren Jacques**, **Reese**, **Möhle**, **Hellwig**, **Becker** und **Ehlers** hingegen signalisierten ihre Zustimmung und lobten die Verwaltung für die Ausarbeitung der Richtlinien. Sie stimmten den Ausführungen von Herrn Stoffers zu und sprachen sich dafür aus, der Richtlinie zuzustimmen, um zunächst einmal die Inanspruchnahme der Fördergelder abzuwarten. Bei Bedarf könne immer noch

korrigierend eingewirkt werden. Der Beschluss des Rates aus Dezember habe hauptsächlich dazu dienen sollen, gezielt Projekte von ehrenamtlichen Unternehmen zu fördern und damit das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Auch wenn die Zuschussrichtlinie heute abgelehnt würde, bliebe der Sozialfonds bestehen. Nur müsse die Verwaltung dann neue Vorschläge zur Ausgestaltung der Richtlinie unterbreiten, was eine unnötige zeitliche Verzögerung mit sich bringe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt beschließt die anliegenden „Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven"

6.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

6.5.1 Neufassung der Satzung Hundefreilauffläche **74/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 09.03.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete das Regelwerk als zu aufgebläht und nicht praktikabel. Aus diesem Grund brachte er für die FDP-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die vorgeschlagene Satzung wird wie folgt geändert/ersetzt:

Kopf und Name bleiben erhalten.

§ 1 Die folgende Satzung gilt für die als „Hundefreilauffläche" gekennzeichneten Gebiete der Stadt Wilhelmshaven.

§ 2 Auf diesen Flächen gilt es, sich so zu verhalten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.

§ 3 Die Nutzer werden hiermit auf die einschlägigen Gesetze bezüglich Umweltschutz, Haftung, Sachbeschädigung, Abfallbestimmungen, Naturschutz etc. hingewiesen. Zuwiderhandlungen werden entsprechend diesen Gesetzen verfolgt."

Herr Walzner stimmte dem zu. Seiner Meinung nach sei die Satzung so für keinen Hundebesitzer verständlich. Er empfahl einen Vergleich mit den Regelungen der Stadt Schortens, die für ihre Freilaufflächen wesentlich verbraucherfreundlichere Vorschriften entworfen habe.

Herr Möhle hielt dem entgegen, dass sich die Verwaltung rechtlich absichern müsse, weshalb die Satzung so umfangreich ausgefallen sei.
Die Änderung habe durch die Hinzunahme der zweiten Freilauffläche vorgenommen werden müssen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag**. Dieser wurde bei 12 Ja-Stimmen (Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 12 Gegenstimmen: Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler und 1 Enthaltung: Herr Lietzmann, Gruppe CDU/WBV)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Neufassung der Hundefreilaufflächen Satzung zu.

6.5.2 Auslobung und Raumprogramm zum Neubau des Trilateral Wadden Sea World Heritage Partnership Centre (TWWP) **77/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 09.03.2017 vor.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass der „Letter of Intent" heute mit dem Land geschlossen und das Projekt in Hannover offiziell der Presse vorgestellt worden sei. Die hier vorgelegte Beschlussvorlage zeige den nächsten konsequenten Schritt zur Verwirklichung des Baus des TWWP.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

Der Durchführung des nichtoffenen hochbaulichen Realisierungswettbewerbes mit städtebaulichem Ideenteil und dem Raumprogramm für das Trilaterale Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (TWWP) wird zugestimmt.

6.5.3 Antrag der FDP-Fraktion: Bereitstellung von Containern sowie von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Aula für die OBS Mitte **507/2017**

Herr Dr. von Teichman brachte den Antrag der FDP-Fraktion ein und begründete diesen ausführlich:

„*Der Rat möge beschließen:*

Der OBS Mitte werden Container zur Verfügung gestellt, die einmal die Schullehrküche und zweitens die Mensa enthalten. Weiterhin wird die Verwaltung aufgefordert, aus Bauunterhaltungsmitteln die Sanierung der Aula an der OBS Mitte durchzuführen.
Die für die Container notwendigen Mittel in Höhe von ca. 200.000 € pro Jahr werden folgendermaßen dargestellt:

1. *Entnahme aus den im Jahr 2016 anfallenden Gewinnen von GGS (im Jahr 2015: 4,0 Mio. €)*
2. *Aus im Jahr 2016 nicht verbrauchten Mitteln (Erinnerung: der Auflage der Kommunalaufsicht, im Jahre 2016 3,5 Mio. € an Krediten zu sparen, konnte offenbar ohne Reduzierung der Aufgabenerfüllung nachgekommen werden).*
3. *Sobald ein Container für die Schullehrküche zur Verfügung steht, entfällt die Bewirtschaftung der ehem. Freiherr-vom-Stein-Schule. Diese kann darüber hinaus verkauft werden."*

Herr Hellwig erklärte, die Gruppe CDU/WBV habe gemeinsam mit der Schulleitung, der Schulverwaltung, Eltern- und Lehrervertretern sowie dem Oberbürgermeister das Thema erörtert. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass der Schule schnell geholfen werden müsse, was nicht ohne die von der FDP-

Fraktion beantragten Container zu bewerkstelligen sei. Dennoch solle aufgrund der Ergebnisse aus den Besprechungen der Antrag der FDP-Fraktion abgeändert werden. Das Vorgehen sei zudem mit der SPD-Fraktion sowie der Gruppe GrünUnabhängigSozial abgesprochen, so dass er namens der genannten Fraktionen und Gruppen den folgenden **Änderungsantrag** stelle:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS stellen hiermit den Antrag, der Rat möge die Beschlussvorlage 507/2017 (Antrag der FDP-Fraktion) betreffs Bereitstellung von Containern und Haushaltsmitteln für die OBS Mitte wie folgt geändert/ ergänzt beschließen:

1. Zum Schuljahresbeginn 2017/18 (03.08.2017) werden an der OBS-Mitte drei zusätzliche Klassenräume (allgemeine Unterrichtsräume – AUR) als Container zur Verfügung gestellt.

2. Nach den Sommerferien 2017 erfolgt durch den Fachbereich 40 die Kalkulation des zukünftigen Bedarfs an AUR an der OBS Mitte unter der Fragestellung möglicherweise notwendiger Ergänzungsbauten.

3. Die Lehrküche im Gebäude der ehemaligen „Freiherr-vom-Stein-Schule" an der Paul-Hug-Straße wird durch die OBS-Mitte bis Ende des Schuljahres 2017/18 als solche genutzt.

4. Es wird im Einvernehmen mit der Schulleitung der OBS-Mitte ein Buspendelverkehr zwischen der OBS-Mitte und dem Gebäude der ehemaligen „Freiherr-vom-Stein-Schule" eingerichtet.

5. Innerhalb eines Zeitraumes beginnend mit dem Jahr 2018 und endend mit dem Jahr 2020 wird eine Lehrküche an der BBS-Friedensstraße für die Nutzung durch die OBS-Mitte zur Verfügung gestellt.

6. Zum Schuljahr 2020/21 werden an der OBS-Mitte durch bauliche Maßnahmen eine vollständige Lehrküche und eine optimierte Mensa hergerichtet.

7. Für den Fall, dass ein zusätzlicher, über die drei oben angeführten Container hinausgehender Bedarf an AUR in Form von Containern an der OBS Mitte entstehen sollte, ist dieser Bedarf zwischen Schulleitung und Schulträger rechtzeitig zu ermitteln und abzustimmen. Auf der Basis des ermittelten Bedarfes und des Abstimmungsergebnisses stellt die Stadt weitere zusätzliche Raumressourcen bedarfsgerecht zur Verfügung.

Frau Weinstock sah im vorliegenden Antrag eine Folge des seitens der Mehrheitsgruppe beschlossenen Vorhabens, den Umbau der BBS vorzuziehen und die von der Verwaltung vorgelegte Schulentwicklungsplanung vielfach abzuändern. Sie sehe den Antrag der FDP-Fraktion daher als richtig an. Der Änderungsantrag stelle für sie einen Kompromiss zur Umsetzung dar. Sie verbinde damit die Hoffnung, dass die Zusagen an die Schule nunmehr eingehalten würden.

Herr Preuß signalisierte die Zustimmung der AfD-Fraktion und bat, derart umfangreiche Änderungsanträge vorher vorzulegen.

Herr Dr. von Teichman merkte an, die Änderung helfe der Schule in ihrer aktuellen Situation auch nicht weiter. Dies machte er anhand verschiedener Beispiele deutlich. Er halte es für gefährlich, die Fehler in der Schulentwicklungsplanung in der letzten Wahlperiode nicht zu korrigieren.

Herr Feist betonte, dass in einem gemeinsamen Gespräch von Schulverwaltung und den Schulleitungen der BBS und der Oberschule Stadtmitte eben die im Änderungsantrag genannten Vereinbarungen getroffen worden seien. Dies wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn die von Herrn Dr. von Teichman

aufgestellten Behauptungen zuträfen. Da die Schulen im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen den Schulbetrieb sicherstellen müssten, sei er sicher, dass ein heute gefasster Beschluss auch realisiert werde.

Herr Ehlers lobte das Engagement von Herrn Dr. von Teichman, mahnte aber gleichzeitig, den übrigen Beteiligten nicht gleichzeitig einen Mangel daran zu unterstellen. Die hier vorgeschlagene Lösung sei mit allen Beteiligten abgestimmt und stelle die bestmögliche Übergangslösung dar. Zudem lege der Oberschule Stadtmitte ein konkreter Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen vor. Der Rat sorge mit seinem Beschluss für die zur Umsetzung notwendige Sicherheit. Er appellierte nochmals, allen Übrigen nicht permanent das Bewusstsein für die Bedeutung der Oberschule und den bestehenden Handlungsbedarf abzusprechen

Herr Möhle zeigte sich verwundert über die Ausführungen von Frau Weinstock. Niemand habe die aktuelle Entwicklung voraussehen können, wie den Mehrbedarf an Inklusion oder aber die Zahl der Flüchtlinge. Mit der vorgelegten Lösung hätten Stadt und Politik auf diese Entwicklung reagiert. Er sehe daher in diesen neuen Planungen keine Probleme.

Frau Kloster merkte an, derzeit bestünde an allen Oberschulen dringender Handlungsbedarf. Sie wolle gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass ohne den Antrag der FDP-Fraktion auch dieser Kompromissvorschlag nicht zustande gekommen wäre.

Herr Jacques gab Herrn Dr. von Teichman vom Grundsatz her Recht. Doch nütze es niemandem, die Diskussion unnötig zu verschärfen. Über den vorgelegten Lösungsvorschlag sei sehr ausführlich diskutiert worden. Wenn dies auch nicht die Ideallösung darstelle, so stelle es doch die aktuell beste Möglichkeit dar. Mit dem Änderungsantrag werde eine erste Lösung gefunden, die von allen selbstverständlich kritisch begleitet werde.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 33 Ja-Stimmen (Gruppe CDU/WBV; SPD-Fraktion; Gruppe GrünUnabhängigSozial; AfD-Fraktion; AfW-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner) und 5 Nein-Stimmen (FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler; Herr Wiese, Die Linke.) **mehrheitlich angenommen** und damit der FDP-Antrag entsprechend abgeändert.

6.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter von den Berg)

6.6.1 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung WEL – TBW **70/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.03.2017 vor.
Er ging im Folgenden kurz auf die Vorgeschichte ein: Im Betriebsausschuss sei ein Änderungsantrag verabschiedet worden, mit dem ein weiteres Gutachten durch einen anderen Gutachter erstellt werden sollte. Die Beschlussvorlage hingegen sei abgelehnt worden. Diesen Antrag habe er auch in den Finanzausschuss eingebracht, wo festgestellt worden sei, dass es sich nicht um einen Änderungsantrag handele und dieser rechtlich nicht zulässig sei. Er habe diesen Änderungsantrag daraufhin zurückgezogen und werde dies im Rat auch

nicht erneut versuchen. Der Änderungsantrag resultierte aus dem Umstand, dass die Untersuchung aus dem Ratsbeschluss 2014 durch einen anderen Gutachter als dem vorgesehenen vorgenommen worden sei. Es sei mit dem Änderungsantrag somit nicht um die Erstellung eines weiteren Gutachtensgegangen, um die Sachlage feststellen zu lassen, sondern allein um die Vergabe gemäß dem ursprünglichen Beschlussvorschlag. Der Gruppe sei es besonders an der Herstellung sozialer Gerechtigkeit gelegen, nämlich gleiche Arbeit mit der gleichen Vergütung zu entlohnen. Dies solle im Gutachten berücksichtigt werden und daher werde die Gruppe den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Jacques betonte, auch die SPD-Fraktion stehe für den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit", jedoch immer unter der Berücksichtigung geltenden Rechts. Bereits in der letzten Wahlperiode sei darauf hingearbeitet worden, den Beschäftigten bei WEL mehr Lohn zu zahlen, so dass man sich auf dem richtigen Weg befinde. Ziel sei die Entlohnung nach TVöD und die Herstellung einer einvernehmlichen Situation für WEL und TBW, die von allen mitgetragen werden könne. Aus diesem Grunde schließe sich die SPD-Fraktion der Gruppe an und werde die erwirtschafteten Ergebnisse zwar zur Kenntnis nehmen, aber den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Ressel stellte fest, dass eine Rückführung der WEL zur Stadt durch die daraus resultierenden Kosten eine Mehrbelastung der Bürger durch Gebührensteigerungen bedeute. Daher stelle für ihn die einzig sinnvolle Lösung die Beibehaltung der Trennung von WEL und TBW dar. Zudem warf er die Frage auf, ob von Seiten der Mitarbeiter bei WEL überhaupt ein Handlungsbedarf hinsichtlich der Entlohnung gesehen werde.

Herr Hellwig gab zu bedenken, dass es heute um die zustimmende Kenntnisnahme zu einem Gutachten gehe, das der Rat in der letzten Wahlperiode selbst in Auftrag gegeben habe. Zudem habe sich zwischenzeitlich die Situation bei den Mitarbeitern der WEL deutlich verbessert, so dass auch dort kein akuter Handlungsbedarf bestehe. Die „Marschrichtung" hin zur einheitlichen Entlohnung nach TVöD sei damit mittlerweile eingeschlagen, so dass er nicht nachvollziehen könne, wieso eine Zustimmung hier versagt werden sollte. Dieses Ergebnis durch ein weiteres Gutachten erneut überprüfen zu lassen halte er daher für wenig sinnvoll. Vielmehr sollte das hier vorgestellte Ergebnis als Grundlage für eine weitere Arbeit auf diesem Weg aufgefasst werden.

Frau Bakir betonte, der SPD-Fraktion gehe es um soziale Gerechtigkeit und eine Gleichbehandlung für alle.

Herr Harms warf die Frage auf, was für gravierend andere Ergebnisse von einer erneuten Überprüfung erwartet würden. Zum einen sei die Mitarbeiterzufriedenheit bei WEL mittlerweile deutlich gestiegen, zum anderen sprächen die Zahlen des vorgelegten Gutachtens eine deutliche Sprache. Nach seinem Empfinden gehe es bei der heutigen Diskussion mehr um Anschauungen als um Fakten.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass die heutige Diskussion bereits bei der Gründung der WEL hätte geführt werden müssen. Heute werde das vom Rat beauftragte Gutachten vorgelegt verbunden mit der

Bitte, dessen Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Sofern die Rückführung der WEL zur Stadt angestrebt werde, müssten auch die damit verbundenen Kosten und in Folge dessen Gebührensteigerungen für die Bürger in Kauf genommen werden. Er betonte, dass bei der WEL gute Arbeit geleistet werde und empfahl, sich mit den dortigen Mitarbeitern einmal auszutauschen.

Herr von den Berg erinnerte daran, dass es nicht darum gehe, die Qualität des Gutachtens anzuzweifeln, sondern um das Ziel der Entlohnung nach TVöD für alle Beschäftigten. Ob eine eventuell daraus resultierende Gebührensteigerung von den Bürgern gewollt sei oder nicht, sei ihm nicht bekannt. Doch sei er der Auffassung, dass bei entsprechender Transparenz auch dafür Verständnis bei den Bürgern bestehen könne.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 20 Nein-Stimmen: SPD-Fraktion; Gruppe GrünUnabhängigSozial, Herr Lang, Freie Wähler und Herr Wiese, Die Linke.)

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung WEL – TBW vom Februar 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

6.7 Schulausschuss (Ratsfrau Weinstock)

6.7.1 Antrag auf Erhöhung des Anteils nichtkatholischer Kinder in der Franziskusschule in Wilhelmshaven **72/2017**

Frau Weinstock trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 02.03.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

Der Rat stimmt dem Antrag der Schulstiftung St. Benedikt auf Erhöhung des Anteils nichtkatholischer Kinder in der Franziskusschule für die Schuljahre 2017/18 bis 2022/23 auf 50 % zu.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Frau Hansemann stellte anhand einer Präsentation die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes vor.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Oberbürgermeister Wagner informierte anhand einiger Schaubilder über das Jahresergebnis 2016.

8 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin